

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

N 96.

Donnerstag, den 28. April

1910.

Die Deckung der Kriegskosten in Deutsch-Südwestafrika

beschäftigte auch am Dienstag noch die Budgetkommission des Reichstages. Im Unterschied zu den vorausgegangenen Sitzungen trug die Aussprache, an der sich nahezu sämtliche Mitglieder der Kommission beteiligten, anfangs einen ruhigen und rein sachlichen Charakter. Außer dem Antrage Erzberger und dem Vermittlungsantrage Lattmann, war der Kommission auch noch ein Antrag der Konservativen unterbreitet worden. Dieser gibt dem Reichskanzler zu erwägen, ob und in welchem Umfange im Hinblick auf die neuere Entwicklung in den Kolonien eine Abänderung des Schutzgebotsgesetzes, insbesondere der geltenden berechneten Bestimmungen in die Wege zu leiten ist. Staatssekretär De r n b u r g leitete die Beratungen wiederum mit einer Rede ein. Er betonte darin u. a. Ich habe nur ungern die mir zugegangenen Gutachten des Reichsjustizamts usw. veröffentlicht; aber es ist billig, daß die Öffentlichkeit auch meine Gründe und nicht nur die der Gegenpartei erfährt. Prinzipiell erklärt sich der Staatssekretär gegen die Auslegung von Kriegskosten auf die Kolonien. Wenn die Leute in den Kolonien verdienen, so ist ihnen das zu gönnen; sie tragen ja auch ihre Haut zu Markte. Eine Wertwachsteuer ist in den Schutzgebieten noch nicht möglich. Man kann auch ohne besondere Gesetzgebung in die Wege des Etats die Militäraufgaben den starken Schultern in den Kolonien auferlegen. Ganz falsch ist die Behauptung des Abgeordneten Erzberger, so bemerkt der Staatssekretär weiter, daß die Beamten des Schutzgebietes im Gegensatz zu mir gestanden hätten. Meine Anweisungen haben die Wege nicht ausgeschloffen, die man doch eingeschlagen hat. Der Abgeordnete Erzberger hat die Zustimmung seiner Fraktion zu seinem Antrage nicht nachgesucht und auch nicht erhalten. Seine gegenwärtige Behauptung bezeichnet die „Nöln. Volksztg.“ als Ausflüchte und sagt weiter: Es ist ein unerträglicher Zustand, der in seinen Konsequenzen unübersehbar ist, wenn Erzberger auf seine eigene Faust Anträge von solcher Tragweite in der Kommission oder im Plenum stellt, ohne daß die Fraktion darüber gesprochen und abgestimmt hat. Nach dreitägiger ausgedehnter und zum Teil recht lebhaft geführter Debatte lehnte die Budgetkommission des Reichstages den Antrag Erzberger sowie den etwas gemäßigteren Antrag Lattmann auf eine außerordentliche Vermögenssteuer in dem Schutzgebiete ab und nahm eine Resolution an, mit der sich der Staatssekretär einverstanden erklärte. Nach dieser Resolution werden die etwa noch vorhandenen Hoheitsrechte von Kolonialgesellschaften aufgehoben, und es soll ein besonderes Gesetz erlassen werden, das die Gewinnung und den Absatz von Edelsteinen regelt; das Vergessene soll einer Revision unterzogen werden. Für den Abschluß des neuen Vertrages mit der Kolonialgesellschaft übernahm die Kommission keine Garantie. Im Plenum will ein Zentrumsmitglied noch einmal auf den Antrag Erzberger zurückkommen. Am heutigen Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt, es gelangen die zu dem Gegenstande eingebrachten Petitionen zur Verhandlung.

Der Staatssekretär Dernburg sagte über den neuen Vertrag, da die Schürfreibeit gefährlich ist, müßte sie aufgehoben werden. Der neue Vertrag mit der Diamantengesellschaft ist günstig, namentlich auch dessen zweiter Teil, welcher dem Fiskus das umfangreiche Sandgebiet der Kolonialgesellschaft überträgt. Der Staatssekretär versprach eine Denkschrift über die Heranziehung eines Schutzgebietes zu den Kosten, die aus den Reichszuschüssen in diesem Schutzgebiete erwachsen. An der vollständigen Ablösung etwa noch vorhandener Hoheitsrechte wird sich die Kolonialverwaltung gern beteiligen. Die Schaffung eines Diamantengesetzes ist schwierig, soll aber versucht werden.

Die Wehrsteuer.

Dem Reichstage sind zwei Anträge zugegangen, die einen Gesetzentwurf über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer enthalten. Nach dem einen Antrage sollen die erforderlichen Mittel durch eine Wehrsteuer aufgebracht werden, die gerechteste aller Steuern, die bekanntlich zuerst vom Kuffhäuser-Bunde der deutschen Landesregierungsverbände angeregt worden ist. Da eine Wehrsteuer ganz im Sinne von Nationen gebienter Soldaten liegt, dürfte es ange-

bracht erscheinen, mit einigen Worten auf die Berechtigung der Steuer hinzuweisen.

In Oesterreich ist die Wehrsteuer schon eingeführt, trotzdem sich dort ursprünglich ein lebhafter Widerstand dagegen geltend machte. Die Gegner einer Wehrsteuer stützen sich auf einige Schlagworte, wie Krüppelsteuer usw., und behaupten, daß, da die Dienstpflicht eine Ehrensache ist, die vom aktiven Dienst durch irgendwelche körperlichen Mängel Befreiten durch eine Wehrsteuer für ihre Gebrechen gewissermaßen doppelt bestraft würden. Dies ist aber ein großer Irrtum, denn die Wehrsteuer soll keineswegs die wirklichen Krüppel, das heißt Lahme, Einarmige, Blinde usw. treffen, sondern überhaupt nur von solchen Personen erhoben werden, die als überzählig oder infolge geringer körperlicher Mängel oder infolge Reklamation nicht ausgehoben sind. Deren Zahl ist bei unserer starken Bevölkerungszunahme in Deutschland jährlich so beträchtlich — etwa 100 000 Personen — daß eine Wehrsteuer eine bedeutende Summe bringen, jedenfalls aber genügend Mittel zur Verfügung stellen würde, um den vielen braven bedürftigen Kriegsveteranen sowie deren unterstützungsberechtigten Angehörigen auf ihre alten Tage einen ausreichenden Ehrensold gewähren und damit eine Dankeschuld abtragen zu können.

Gewiß ist der Militärdienst in Deutschland eine Ehrenpflicht, die nicht mit Geld abgelöst werden kann und soll. Trotzdem ist doch nicht zu verkennen, daß er im Krieg und Frieden dem aktiven Soldaten Opfer auferlegt, die der nicht ausgehobene junge Mann nicht zu tragen hat. Denn der Soldat wird auf 2-3 Jahre aus seinem bürgerlichen Berufe herausgenommen, wogegen die nicht Gebienten, welche sich in der Mehrzahl der besten Gesundheit erfreuen und vollkommen arbeitsfähig sind, ihre bürgerliche Beschäftigung ruhig fortsetzen und ungestört weiter Geld verdienen können.

Oft kommt es — insbesondere beim Kaufmannsstande — auch vor, daß ein junger Mann, welcher dienen muß, seine gut bezahlte, durch eigene Tätigkeit erworbene Stellung verliert, in die alsdann sofort ein anderer, der nicht zu dienen braucht, einrückt. Dieser bewahrt sich allmählich auch in der Stelle und wird vom Geschäftsinhaber naturgemäß weiterbehalten, wenn die Dienstzeit des früheren Angestellten zu Ende ist, so daß dieser um die Wiederanstellung vergeblich anloopt. Der gebiente Soldat muß sich infolgedessen ein anderweitiges Unterkommen suchen und in der Gehaltszahlung vielfach wieder von vorn anfangen. Wie oft kommt es übrigens auch vor, daß die Geschäftsinhaber überhaupt nur solche Leute anstellen, die gänzlich vom Militärdienst befreit sind. Ähnliche Beispiele aus dem Leben, woraus hervorgeht, daß ein nicht gebienter junger Mann vor dem gebienten Soldaten erhebliche wirtschaftliche Vorteile hat, lassen sich noch viele anführen.

Auch in gesundheitlicher Hinsicht ist der nicht Gebiente dem Soldaten gegenüber oft im Vorteil, wenn man bedenkt, wie leicht doch große Gesundheitschädigungen schon in Friedenszeiten etwa durch andauernde Kälte und Nässe im Manöver eintreten; von den Folgen eines Krieges gar nicht zu sprechen. In den Kreisen der gebienten Soldaten ist man daher einmütig der Ansicht, daß die, welche nicht gebient haben, aber sonst gesund und arbeitsfähig sind, auch für den großen wirtschaftlichen Vorteil dem Vaterlande ein kleines Opfer in Form einer Steuer bringen können. Hoffentlich findet die Wehrsteuer wie in Oesterreich diesmal auch bei uns im Reichstage eine Wehrheit, damit endlich die berechtigten Forderungen der alten Soldaten erfüllt werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Dementi. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Berliner Korrespondent des „Standard“ will aus Homburg v. d. H. erfahren haben, daß im August eine Begegnung zwischen dem Kaiser und dem König Eduard stattfinden werde. Wir bemerken hierzu, daß am kaiserlichen Hoflager selbst von dieser Begegnung nichts bekannt ist.

— Reichskanzler von Bethmann-Hollweg erkrankt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet: Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg ist an Influenza erkrankt und mußte Montag das Bett hüten.

— Roosevelt's Vortrag in der Berliner Universität, den er vor Professoren und Studenten halten will, wird am 12. Mai gehalten werden. Für den Vortrag sind bereits fünfmal soviel Gesuche um Einladungen in der Hochschule eingegangen, als bei den beschränkten Raumverhältnissen in der alten Aula auszugeben möglich ist.

Frankreich.

— Präsident Fallières amts müde? Die oppositionelle Presse beschäftigt sich mit der Möglichkeit, daß Präsident Fallières den Ratsschlüssen der Ärzte folgen und sich kurz nach dem Zusammentreten der neuen Kammer ins Privatleben zurückziehen würde. Der „Gaulois“ geht soweit, schon heute die Liste jener Politiker zusammenzustellen, welche sich auf die Nachfolge Fallières' Hoffnung machen. Unter diesen nennt er Emile Loubet, den Präsidenten des Senats, Herrn Dubost, den Senator Clémenceau, den Unterstaatssekretär des Marineministeriums Herrn Chéron.

Spanien.

— Eine neue spanische Anleihe. Der Minister der öffentlichen Arbeiten gab die Absicht kund, alsbald nach dem Zusammentritt der Cortes eine Vorlage betreffend Bewilligung einer Anleihe in Höhe von einer Milliarde Pesetas einzubringen. Von der Anleihe sollen 400 Millionen Pesetas zu Straßenbauten und für Eisenbahnen verwendet werden.

England.

— Die englischen Flottenmanöver. Die großen Frühjahrsmanöver der vereinigten englischen Heimat- und Atlantikflotte sind zum Abschluß gelangt. Der den Angreifer darstellenden „blauen Flotte“ ist es gelungen, den Stützpunkt Rosyth zu überfallen, ohne daß es der „roten Heimatflotte“ gelang, den Gegner daran zu hindern. Die den Manövern zugrunde liegende Idee war folgende: Das Gros der englischen Flotte hat sich aus dem Armeelanal zurückgezogen und befindet sich im südlichen Teile der Nordsee, wo sich seine Arsenale und seine Mannschaften befinden. Ist das Gros nun in der Lage, eine deutsche Flotte anzuhalten, welche plötzlich gegen die Ostküste Englands vordringt, die keinerlei Verteidigungsmittel besitzt und deren Basis in Rosyth augenblicklich erst errichtet worden muß? Der Viceadmiral Prinz von Battenberg, welcher mit dem atlantischen Geschwader den Feind darstellte, hat den Beweis geliefert, daß dies möglich ist. Ueber den Verlauf des Ueberfalles auf Rosyth lautete folgendes: Ein Kreuzer der Verteidigungsflotte, die von Admiral May geführt wurde, richtete den Kreuzer „Shannon“ der Angriffsflotte auf der Höhe des Firth of Forth. Ehe der Verteidiger noch Verstärkungen heranziehen konnte, waren die im Firth stationierten schwachen roten Kräfte, der kleine Kreuzer „Bellona“ und die Zerstörerflottille, vom Angreifer überannt. Die Befestigungen bei Rosyth wurden bombardiert und die berühmte Brücke über den Firth, die Hauptverbindung zwischen Nord- und Süd-Schottland, gesprengt. Nachdem der Verteidiger vier Kreuzer und dreizehn Torpedoboote verloren hatte, war es dem Angreifer ein Leichtes, die Arsenale und Marineweer durch Feuer zu zerstören. — Dies allem Ansehen nach vorbereitete Ergebnis wird zweifelsohne zu einem erneuten Flottenpanik führen.

— Balfour über die Sozialpolitik Deutschlands. Bei einem Frühstück, welches die Tarifreformliga den von ihrer Seite in Deutschland zurückgekehrten Arbeitern gab, sagte Balfour, er verurteile, daß man in die Kontroverse über den Tarif übertriebene Behauptungen gebracht habe, welche den tatsächlichen Verhältnissen der Kultur einer großen benachbarten und befreundeten Nation widersprächen. Deutschland habe etwas von England zu lernen, aber England habe ganz gewiß noch mehr von Deutschland zu lernen. Die Deutschen hätten in stetiger zusammenhängender Arbeit mit seltener Geschicklichkeit und großer Sachkunde und Beharrlichkeit erfolgreich große soziale Ziele in den Industriezentren wie in dem flachen Lande verfolgt. Er hoffe, daß die Parteien Englands instande sein würden, die gigantischen Probleme sozialer Reform mit demselben Geiste und Ernste zu behandeln, welche die deutsche Politik kennzeichnete.

Türkei.

— Die Türken geschlagen. Aus Belgrad, 26. April, wird berichtet: 8000 Albanesen unternahmen

belaufen, gen wird, Entwaff-
türkischen erhielten smerksam stung der ischen St- und sich
urion,
en
ur,
w.
nn,
0.
en
z.
en
werden
schf.
rige
art.
5.
haus-
feld.
am. Wkb.
16 7,29
18 7,66
20 8,10
22 8,16
24 8,29
26 8,55
28 9,03
30 9,24
32 9,32
34 9,43
36 9,55
38 9,00
40 8,06
42 8,20
44 9,30
46 9,30
48 9,40
50 9,49
52 10,00
au.
am. Wkb.
12 7,29
22 7,49
30 7,78
38 7,58
46 8,06
54 8,26
62 8,53
70 8,57
41 —
47 —
53 —
59 —
65 —
71 —
77 —
83 —
89 —
95 —
101 —